Brauchen wir nach der Patientenfreizügigkeit nun auch noch die Prämien- und Steuerfreizügigkeit?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die obenstehende Fragestellung mag Sie überraschen. Sie zeigt aber auf, in welche Richtung wir uns bewegen.

Der Staat muss nach GATT/WTO-Richtlinien dort einkaufen, wo er seine Produkte am billigsten kriegt. Der KMU-Unternehmer und seine Angestellten müssen jedoch ihre Einkommen und Vermögen dort versteuern, wo sie leben.
Die Steuerfreizügigkeit existiert nur für Grosskonzerne und durch die Kapitalfreizügigkeit für die Kapitalbesitzer.
Ganz Europa (nicht nur die Schweiz) ist als Territorium eine Art Emmentaler Käse mit grossen Löchern geworden. Die Löcher gehören den Kapitalbesitzern auf Jersey, Guernsey und den Bermudas (Steuerparadiesen). Und wer immer irgendwo vor Ort wirtschaftlich gezwungen ist zu arbeiten, muss in diese Löcher eine Art obligatorische Abgaben entrichten.
Viele Schweizer sind mit ihrem Kapital in solche Steuerparadiese ausgewandert und haben sich dort ihre Löcher gebohrt. Uns haben sie empfohlen, mit Freizügiger Ansiedlungspolitik nach anderen Kapitalbesitzern Ausschau zu halten. Unsere Politiker und Wirtschaftsförderer haben nicht gemerkt, dass dieses Spiel bewusst inszeniert war.
Früher nannten wir die Besitzer von solchen Löchern Kolonialherren. Und solche haben wir nun durch Ansiedlungspolitik (man nennt es auch Wirtschaftsförderung) in unser Land geholt.
Deshalb müssen wir alle dringend englisch lernen – das mussten die Einwohner Indiens und Nordamerikas auch.

Macht es Sinn, dass ein privater Spitalkonzern (Hirslanden) an Menschen in unserem Land Geld verdient, weil sie krank werden und sich operieren lassen?
Macht es Sinn, dass ein amerikanischer Telekom- oder Fernsehkonzern Geld verdient, weil wir uns hier unterhalten wollen? Warum soll Cablecom einem amerikanischen Kolonialherrn gehören?
Wem genau dient es, wenn Elektrizitätswerke, Spitäler, Schulen, Strassen, Marktplätze (Einkaufszentren), Swisscom und Bahn privatisiert sind? Hat jemand von Ihnen eine Ahnung, wo alles Geld hingekommen ist, das man uns versprochen hat durch diese Massnahmen zu sparen?

Der einzige Effekt, der wirklich messbar ist, ist folgender: Die Politiker und Beamten sind zum willenlosen Spielball der Kapitalbesitzer geworden. Sie müssen hofieren, sparen, ansiedeln und betteln, wenn sie für ihre Bürgerinnen und Bürger sinnvolles leisten wollen. Was die meisten noch nicht gemerkt haben: Der nächste Schritt wird sein, dass die Privaten Kapitalbesitzer den Bundesbeamten, Kantonalen Beamten und Städtischen Beamten sagen, dass es sie nun nicht mehr braucht. Ihre Jobs werden dereinst von Privaten NGO's (Non Gouvernemental Organizations) und privaten Stiftungen übernommen. Steuern sollen nämlich innert den nächsten zehn Jahren nicht freizügig werden, man will sie abschaffen und durch private Organisationen ersetzen.

Investoren sind Invasoren. Wir tun nichts anderes, als fremde Vögte in unser Land zu holen, wenn wir Investoren ansiedeln. Produzieren Investoren Arbeitslose, dann bezahlen es die Menschen, welche vor Ort gezwungen sind, ihre Steuern abzuliefern. Jetzt ist also alles freizügig: Kapital, Waren, Menschen und damit auch Heimat – nur die Steuerpflicht und die Prämienpflicht sind noch an ein Territorium (die Heimat) gebunden. Aber eben – nicht für alle Menschen gleich - und nicht für alle Zeiten. Der nächste neoliberale Schritt ist bereits in Planung.

Letzte Woche durften wir lesen, dass die CSS-Krankenkasse (also eine Kasse, die von sich behauptet christlich und sozial zu sein) neuerdings die Patientenfreizügigkeit eingeführt hat. Sie erhebt – wie der Staat – bei uns KMU hier vor Ort obligatorische Abgaben (Prämien) und verfrachtet sie – wie der Staat – in beliebige andere Regionen. Das gleiche tun unsere obligatorischen Versicherungen (BVG) auch in anderen Bereichen.
Staat und Versicherungen kassieren also lokal obligatorische Abgaben und verteilen sie in beliebige andere Regionen.

Nur noch die Staats-Steuern sind also an die Heimat (nationalstaatliche Territorien) gekoppelt.
Und mit dem von Bundesrat Merz vorgeschlagenen Finanzreferendum werden sich unsere Kinder dereinst um die Verteilung der Staatsschulden streiten dürfen, welche durch lokale Sozialkosten und Ökologische Kosten entstehen.

Die Ausgaben (und damit die Arbeitsplätze) werden frei in jene Regionen verschoben, in welchen die Kosten am tiefsten sind.
Wer kein Kapital besitzt, wird dadurch zum Freiwild und darf freizügig dem Kapital hinter her rennen.

Wir stehen nun nach 15 Jahren neoliberalen Gesetzen vor der absurden Situation, dass wir uns fragen müssen, ob wir nun auch noch die Steuerfreizügigkeit einführen sollen. Natürlich werden uns die Staatsbediensteten und Politiker sofort erklären, dass dies natürlich nicht gehe. Das mag zwar stimmen – aber gehen denn die anderen Freizügigkeiten?
Analysieren Sie doch einmal genau, was die neoliberalen Gesetze, die man uns jüngst aufgezwungen hat, genau bedeuten:
Sie verstossen in krasser Weise gegen Völkerrecht und Menschenrecht. Sie verstossen konkret gegen das Recht auf Selbstbestimmung der Völker (eigene Landeswährung), und gegen das Recht auf Arbeit in der Heimat.

Freundliche Grüsse ...ond e gueti Zyt

Ivo Muri
Unternehmer, Sursee

Ivo Muri : **Nomos der Zeit** : Centralstrasse 8A : CH-6210 Sursee : +41 41 203 36 37 : ivo.muri@ivomuri.ch : www.ivomuri.ch